



An Bespitzelungs-Befugnis wird weiter festgehalten

Scharfe Kritik am Regierungs-Gesetzentwurf für eine „Verfassungsschutz-Reform“

Es nennt sich Thüringer Gesetz zur Änderung sicherheitsrechtlicher Vorschriften, mit dem die Landesregierung den Verfassungsschutz reformieren will und das am 21. März in erster Lesung im Landtag behandelt wurde. Nicht nur, dass es aus der Opposition heftige Kritik hagelte, auch die Koalition aus CDU und SPD ist darüber bereits aneinander geraten. Dabei geht es vor allem um die Präventionsarbeit, die die CDU nun doch weiter auch beim „Verfassungsschutz“ sieht, während die SPD auf das Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz verweist. Für die Linksfraktion ergriff in der Debatte deren innenpolitischer Sprecher Ralf Kalich das Wort.

Er erinnerte an den Gesetzentwurf der Grünen, der erst vor einem Monat im Landtag debattiert und von der LINKEN kritisiert worden war und betonte: „Auch diesen Gesetzentwurf haben wir zuallererst dahingehend überprüft, ob sich an irgendeiner Stelle auch nur der Ansatz einer nachvollziehbaren Begründung für die Notwendigkeit eines Inlandgeheimdienstes finden lässt. Aber auch bei der Landesregierung: Fehlanzeige.“

Nicht einmal bei den Alternativen seien CDU und SPD geneigt, die ersatzlose Abschaffung des Dienstes zu benennen. „Und ich sage Ihnen auch, warum Sie dies nicht tun. Sie müssten

sich dann selbst mit der Frage auseinandersetzen, warum sie an einem solchen Amt mit der Befugnis zur Bespitzelung festhalten und Sie haben Angst, selbst keine Antwort liefern zu können. Sie müssten schließlich auch zwei Drittel der Bevölkerung in der Bundesrepublik überzeugen, die laut Umfragen kein Vertrauen in eine solche Behörde haben. In den neuen Bundesländern sind dies sogar 77 Prozent.“

Der LINKE-Politiker setzte sich mit der von der Koalition formulierten Begründung für die Verfassungsschutzreform auseinander, denn da wird auf die Aufklärung der Vorgänge in den neunziger Jahren im Zusammenhang mit der NSU-Terrorgruppe verwiesen. Allein diese Formulierung zeige schon, „dass Sie die in den vergangenen Jahren öffentlich diskutierte Kritik an den Verfassungsschutzbehörden überhaupt nicht verstanden haben“.

„Dieser Preis ist zu hoch“

Aber die „absolute Zumutung“ sei, wenn es heißt: „Es bedarf gesetzlicher Regelungen, die den Verfassungsschutz noch besser in der Mitte der Gesellschaft positionieren.“ Ralf Kalich dazu: „Glauben Sie tatsächlich, eine Institution wie den Verfassungsschutz durch Gesetz in der Gesellschaft verankern zu können und der Tatsache der vollständigen Delegitimierung des Inlandgeheimdienstes mit einigen Änderungen hier und da zu begegnen?“ Insbesondere werde auch keine wirk-

same Beschränkung bei den nachrichtendienstlichen Befugnissen vorgenommen, so der Abgeordnete mit Verweis auf den Einsatz von V-Leuten – möglicherweise sogar auch weiterhin solchen, die bereits Straftaten begangen haben. Denn laut Gesetzentwurf wird das nicht völlig ausgeschlossen.

Scharf kritisierte Ralf Kalich die „Begehrlichkeiten, über Menschen ein umfassendes Bild zu besitzen, um Gefahren zu begegnen, bevor sie tatsächlich entstehen“. Der Preis dafür „ist eine an Freiheiten beschränkte Demokratie und dieser Preis ist zu hoch. Er ist auch nicht notwendigerweise zu entrichten, um Gefahren präventiv zu begegnen. Denn die Erfahrungen der vergangenen Jahre und die Aufklärungsarbeit in den Untersuchungsausschüssen haben zweierlei gezeigt:

Erstens: Der gesellschaftlichen Gefahr des Neonazismus hätte frühzeitig und wirksam begegnet werden können, wenn zivilgesellschaftliche Initiativen, Bürgerbündnisse und antifaschistische Gruppen ernst genommen worden wären und sie eine Unterstützung erfahren hätten, statt sie mit der Keule der unsäglichen Extremismustheorie zu diskreditieren und ihre wichtige Arbeit zu behindern.

Zweitens: das Gefahrenabwehr- und das Strafprozessrecht hätten, die notwendige Sensibilisierung der Akteure vorausgesetzt, ausgereicht, um neonazistische Straf- und Gewalttäter sowie deren aktiven Unterstützer rechtsstaatlich zu verfolgen.“ ■

KOMMENTIERT:

von Mike Huster

Steuergerechtigkeit

Wir sind ja emotionale mediale Ereignisse gewöhnt. Dazu gehört sicher der Prozess gegen Uli Hoeneß und das entsprechende Urteil.

Bis jetzt kam es deutschlandweit zu circa 60.000 Selbstanzeigen. Von den Einnahmen profitiert auch Thüringen. Diese Zahlen zeigen die Schiefelage in unserem Gemeinwesen. Bei vielen Menschen hat sich der Eindruck tief verfestigt, dass die Kleinen härter rangenommen werden und viele Große nur danach trachten, ihre Pfünde am Gemeinwesen vorbei zu scheffeln. Politik muss handeln!

Vor dem Hintergrund der Debatten um CD-Käufe und deren Mitfinanzierung durch die Bundesländer haben wir uns hier in der Vergangenheit des öfteren mit der Problematik befasst. Für uns stand und steht die Frage, ob die Landesregierung bei der künftigen Sicherstellung von Steuergerechtigkeit und Steuermoral ihre bisherigen Positionen ändert. Auch bei diesem wichtigen Thema für die Legitimation unseres Rechtssystems als auch für die Sicherung der Finanzierung des Gemeinwohls jenseits der Kürzungsprogramme hat diese Koalition aus CDU und SPD keine einheitliche Position. So fordert der Finanzminister zwar den Druck auf Steuerhinterzieher hoch zu halten, verweigert sich aber einer Beteiligung Thüringens am Kauf von Steuer-CD's. Diese Position ist umso mehr verwunderlich, als neben Nordrhein-Westfalen die mit Abstand meisten Selbstanzeigen aus Bayern und Baden-Württemberg stammen, also zwei Bundesländern, deren Regierungen gegen den Länderfinanzausgleich klagen, einschließlich einer politischen Kampagne gegen die vermeintlichen falschen Anreize an die sogenannten Nehmerländer. Auch diesen Zusammenhang sollte man nicht vergessen.

Die Position des Thüringer Finanzministers zum Länderfinanzausgleich ist nachvollziehbar. Um so mehr verwundert uns als Fraktion, dass Dr. Voß bei der Frage der Steuergerechtigkeit und der Steuermoral seine Position offenbar nicht ändern will oder kann. Wir sind überzeugt, dass wir Reichtum in diesem Land thematisieren müssen und auch, wie dieser Reichtum zur Finanzierung des Gemeinwesens besser herangezogen werden kann.

Aus der Rede des Finanzpolitikers der Linksfraktion am 19. März ■

AKTUELL

Rente: Besserstellung um 0,8 Prozent

Die jetzt angekündigte Rentenerhöhung Ost um 2,5 Prozent wird als großer Wurf zu mehr Rentengerechtigkeit verkauft. Margit Jung, seniorenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, erklärte dazu:

„Das Rentenplus 2014 kann weder die allgemeine Absenkung des Rentenniveaus ausgleichen, noch die Rentenverluste der vergangenen Jahre. Die Besserstellung der ostdeutschen Renten um 0,8 Prozent ist zudem nur ein schaler Ersatz für die von der SPD versprochene Rentenangleichung Ost an West!“

Heute liegt das Rentenniveau noch bei 47,9 Prozent. Bis 2030 wird es auf 43,7 Prozent sinken. Zwischen 2003 und 2013 blieben die Renten

im Westen um 7,5 Prozentpunkte und im Osten um 6,3 Prozentpunkte hinter den Bruttolöhnen zurück. Margit Jung betonte: „Wir müssen wieder zurück zu einem Rentenniveau von 53 Prozent, die Kürzungsfaktoren müssen aus der Rentenformel gestrichen werden. Anders lässt sich Altersarmut angesichts der stetig steigenden Preise für Lebensmittel, Energie und Wohnraum nicht verhindern - weder in Ost noch in West.“

Zudem bleibt DIE LINKE dabei, dass endlich die Rentenlücken aus dem Einigungsvertrag geschlossen werden müssen: Insbesondere ostdeutsche Frauen werden weiterhin bedeutend schlechter gestellt. Sei es als DDR-Geschiedene oder bei der neuen Mütterrente. Am 20. März hatte das Bundesarbeitsministerium bekannt gegeben,

dass die rund 20,5 Millionen Rentner vom 1. Juli an mehr Geld erhalten. Die Erhöhung soll in Ost- und in Westdeutschland unterschiedlich ausfallen: In Ostdeutschlands steigen die Renten um genau 2,53 Prozent, im Westen um 1,67 Prozent.

Die Rentenerhöhung führt bei einer Monatsrente von 800 Euro zu einem Plus von brutto 20,24 Euro im Osten und von 13,36 Euro im Westen. Die Inflation lag 2013 bei 1,5 Prozent, im Februar bei 1,2 Prozent.

Bereits im vergangenen Jahr hatten Rentnerinnen und Rentner im Osten 3,29 Prozent mehr bekommen, im Westen waren es 0,25 Prozent. Auch 2012 war die Rentenerhöhung im Osten geringfügig höher als im Westen ausgefallen. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Rückständige CDU-Vorstellung von Bildung

„Sie schaden Thüringen mit Ihrem Sparwahn im Schulbereich, Herr Voß“, reagierte Susanne Hennig, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, auf die Kritik des Finanzministers, das Land würde einen Lehrerüberhang von 2300 Stellen haben. Bereits jetzt gebe es Unterrichtsausfall von über zehn Prozent, so Zahlen der Landeserschülervertretung.

Dass der Finanzminister von einem Lehrerüberhang spricht, sei „unverantwortlich und zeugt von fehlendem Verständnis für die Probleme vor Ort“. Zur CDU-Forderung nach Ruhe, Frieden und Stetigkeit an den Schulen, erklärt die LINKE-Bildungsexpertin: „Die CDU weiß, dass ihre rückständige Vorstellung von Bildung in der Bevölkerung nicht mehrheitsfähig ist. Daher will sie mit ihrem Gerede um einen dubiosen Schulfrieden die politische Diskussion um die beste Bildung abwürgen. Längeres gemeinsames Lernen, Neueinstellungen von Lehrern und die Bereitstellung von Mitteln für überfällige Sanierungen von Schulen werden blockiert. Das Festschreiben von Stagnation und sozialer Auslese in der Zukunftsfrage Bildung ist mit der LINKEN nicht zu machen.“ ■

Stressfaktor Sonn- und Feiertagsarbeit

Mit Blick auf die kürzlich stattgefundene Thüringer Arbeitszeitkonferenz sagte MdL Ina Leukefeld: „Der Sonntag ist für viele Familien und Arbeitende inzwischen der einzige Tag in der Woche für gemeinsame Aktivitäten und Erholung. Dieser darf nicht auch noch einem vermeintlichen Marktinteresse geopfert werden.“ Schon im vergangenen Jahr hatte die Linksfraktion eine Initiative gestartet, um den Arbeits- und Gesundheitsschutz in Thüringen zu verbessern, und die Wiederherstellung des Kriterienkatalogs zur Zulässigkeit von Sonn- und Feiertagsarbeit gefordert, der 2012 durch das Sozialministerium aufgeweicht worden war. „Selbstverständlich müssen die Gewerkschaften wieder zu Sonn- und Feiertagsarbeit befragt werden und ihre Stellungnahme vorab abgeben können. Thüringen hat schon die längsten Arbeitszeiten und Sonntagsarbeit darf keine Selbstverständlichkeit werden. Wir verlangen die sofortige Rückkehr zu den Regelungen vor der Novellierung 2012. Strategisch brauchen wir jedoch auch wieder eine Debatte zur Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeiten, um den produktiven Fortschritt gerechter zu verteilen“, forderte die Arbeitsmarktpolitikerin. ■

„Es ist nichts diskriminierender...“

...als Langzeitarbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit“ - Anhörung zur Agenda-Politik

Anlässlich des 11. Jahrestags der Rede zur Agenda 2010 von Ex-Bundeschancellor Gerhard Schröder lud die Fraktion DIE LINKE im Landtag zu einer umfassenden Analyse ein. Wie hat sich Thüringen in dieser Zeit verändert, insbesondere bei der Arbeitsmarkt- und Armutsentwicklung sowie dem Einsatz öffentlicher Mittel gegen die Langzeitarbeitslosigkeit.

Nach einem kurzen filmischen Einstieg – einem MDR-Bericht über diskriminierende Hausbesuche bei Arbeitslosengeld II-Empfängenden – begrüßten Bodo Ramelow als Fraktionsvorsitzender und Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin, die knapp 60 Anwesenden von Erwerbsloseninitiativen, Vereinen, Verbänden und Kammern, Jobcenter und Agentur für Arbeit, dem Thüringer Wirtschaftsministerium und verschiedenen LINKE-Gliederungen.

Bodo Ramelow verwies auf die historische Dimension der Agenda 2010 und auch die Bedeutung der Gegenbewegungen („Hartz IV ist Armut per Gesetz“). Er mahnte an, gemeinsam für Veränderungen zu kämpfen und dabei die bundespolitischen Rahmenbedingungen anzugehen.

Kritische Analyse der Arbeitsmarktentwicklung in Thüringen

Ina Leukefeld erinnerte an eine Konferenz aus dem Jahr 2005, in der die damalige PDS-Fraktion schon eindrücklich vor den Veränderungen warnte, die heute auch in Thüringen feststellbar sind. Sie betonte, dass gerade die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit ohne öffentlich geförderte Beschäftigung nicht aufzulösen ist.

Damit war die Konferenz schon mitten im Thema. Unter der Überschrift „Arbeitsmarktentwicklung in Thüringen – ein Grund zum Jubeln?“ eröffnete Kay Senius, Geschäftsführer der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, den ersten Block. In seiner guten und kritischen Analyse verwies er auf einige Fortschritte, wie etwa die sinkenden Arbeitslosenzahlen und die zunehmende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Thüringen, zeigte aber zugleich auf die vorherrschenden, teils sogar zunehmenden Problemlagen. Sinkende Arbeitslosenzahlen bedeuten leider weder eine automatische Chancengleichheit am Arbeitsmarkt, noch die Durchsetzung von Guter Arbeit oder guten Löhnen.

Die Langzeitarbeitslosigkeit liege inzwischen stabil bei um die 35 Prozent, besonders benachteiligt seien auch weiterhin Ältere, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen und oh-

ne abgeschlossene Berufsausbildung. Sein Fazit: Es müssen gerade junge Menschen in Ausbildung gebracht werden, um Langzeitarbeitslosigkeit vorzubeugen, eingesetzte Arbeitsmarktinstrumente müssen die kleinteilige Wirtschaftsstruktur Thüringens vermehrt berücksichtigen und es führt gerade auch in Thüringen kein Weg daran vorbei, mittels öffentlich geförderter Beschäftigung Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Ingrid Schindler, Vorsitzende der „Thüringer Arbeitsloseninitiative – So-



änderung bundesdeutscher Steuerpolitik. Armuts- und Reichtumsentwicklung gehörten zusammen. Während Steuern für Besserverdienende und Unternehmen in den vergangenen Jahren gesenkt worden seien, würden soziale Projekte immer weiter zusammengegriffen. Obwald sprach von einer zunehmenden „Armenbekämpfung“, die auch in Thüringen eindeutige Spuren hinterlassen habe.

Abschließend wurde öffentlich geförderte Beschäftigung als ein Ausweg aus der Langzeitarbeitslosigkeit diskutiert. Eckhard Bauer-Schmidt, Büroleiter der LINKEN-Landrätin Petra Enders im ILM-Kreis, berichtete von Bemühungen vor Ort, ein entsprechendes Programm aufzulegen, um Betroffene zu unterstützen.

Landesprogramm mit 2.500 Stellen

Thomas Völker, Referent der Fraktion DIE

LINKEN im Thüringer Landtag für Arbeitsmarkt und Arbeitspolitik, stellte eine Studie der Fachhochschule Koblenz zu Bedarfen für öffentlich geförderte Beschäftigung in Deutschland und den einzelnen Bundesländern vor. Demzufolge benötige Thüringen wenigstens 2.400 Stellen in diesem Bereich, weshalb die LINKE für ein Landesprogramm mit mindestens 2.500 Stellen nach der Landtagswahl 2014 plädiert.

Die Beiträge waren von regen Diskussionen begleitet. Viele Betroffene meldeten sich zu Wort, kritisierten tagtägliche Erscheinungen des Hartz IV-Systems und die Perspektivlosigkeit für viele Menschen in Erwerbslosigkeit. Anstelle, wie viele Medien es tun, vom angeblich „faulen Hartzler“ zu reden, müsse vielmehr die Gesellschaft gefragt werden, was Menschen zu einem solchen Verhalten animiere. Auch sei es wichtig, dass die Unternehmen, die seit Jahren von der Niedriglohnpolitik im Gefolge der Agenda 2010 profitieren, nicht aus der Verantwortung entlassen würden.

Eine „Armutsbekämpfung“, die Spuren hinterlässt

Für die Fraktion DIE LINKE wurden im Rahmen der Anhörung viele spannende Anregungen gegeben, freute sich Ina Leukefeld in ihrem Schlusswort. Es wird Zeit, dass nun endlich auch Änderungen angegangen werden. 90.000 Unterschriften bei Inge Hannemanns Petition zur Streichung der Sanktionen seien zum Beispiel ein wichtiger Schritt. Doch auch auf vielen anderen Ebenen müsse der Kampf fortgesetzt werden, erklärte Ina Leukefeld und verwies u.a. auf drohende Verschlechterungen im Zuge der SGB II-Reform sowie auf einen parlamentarischen Antrag der LINKEN Landtagsfraktion zu sittenwidrigen Löhnen.

Die Rechtsanwältin für Sozial- und Mietrecht, Andrea Jarling, berichtete aus ihrem Arbeitsalltag und dem Themenschwerpunkt Sanktionen. Diese verletzen die Menschenwürde, weil sie zu einer Unterschreitung des Existenzminimums führten. Die anvisierte Steuerungswirkung trete nicht ein, viele Betroffene verfielen eher in eine Angststarre, statt motiviert zu werden. Es sei, so das Credo ihres Beitrags, vielmehr eine Verhaltenslenkung über Anreize statt Sanktionen wichtig, Arbeitslose seien keine Kinder, die gesteuert werden müssten.

Im zweiten Block verwies Stefan Obwald, Referent für Armut und Lebenslagen beim Paritätischen Thüringen, darauf, dass Armut kein Naturereignis ist, sondern direkte Auswirkung einer Ver-

Thomas Völker

Von Wohnungswirtschaft bis Kita-Betreuung

Ressort Kommunales und Innenpolitik der Linksfraktion im Saale-Orla-Kreis unterwegs

Auf Einladung der Landtagsabgeordneten Heidrun Sedlacik und ihres örtlichen Mitstreiters Philipp Gliesing besuchte das Ressort Kommunales und Innenpolitik der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE die Wohnung AG, die Gemeinschaftsunterkunft in Neustadt/Orla sowie die Polizeistation und die Kindertagesstätte „Pustelblume“ in Pößneck.

Beim Gesprächstermin in der Wohnung AG erläuterten Vorstandsvorsitzender Rolf Hentschel und Dr. Dieter Rebelein (DIE LINKE), Aufsichtsratsvorsitzender, welche Umstände zur 2005 abgeschlossenen Zusammenlegung von WohnungsGenossenschaft Neustadt und der Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH zu einer Aktiengesellschaft führten.

Die Abgeordneten der Landtagsfraktion DIE LINKE, Frank Kuschel und Heidrun Sedlacik, bewerteten das Vorgehen als eine zielführende Maßnahme, damit die Kapazitäten für den städtischen Wohnungsbau aufrecht erhalten werden. Die Unternehmensbildung ist die Folge einer mangelnden Förderung von kommunal gefördertem Wohnraum. Die Genossenschaftsanteile sind jetzt in Aktien angelegt, wobei die Stadt (57 Prozent) und die Stadtwerke (10 Prozent) den kommunalen Mehrheitsanteil stellen.

Gutscheinpraxis aufgehoben

Die LINKE-Landtagsabgeordnete Diana Skibbe und Philipp Gliesing besuchten unterdessen gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Thüringer Flüchtlingsrats, Steffen Dittes, die Gemeinschaftsunterkunft (GU) Neustadt/Orla, um mit der vor Ort engagierten Sozialarbeiterin ins Gespräch zu kommen. Empfangen wurden sie auch von Ralf Adam, Vorsitzender des DRK-Kreisverband Saale-Orla e.V., der

vor allem die baulichen Fortschritte in der GU hervorhob, und einem Sachbearbeiter des zuständigen Landratsamtes. Es wurde deutlich, dass sich die Situation der Flüchtlinge im Saale-Orla-Kreis durch die nach jahrelangem Druck verschiedener Initiativen unterstützt durch DIE LINKE gelungene Abschaffung der Residenzpflicht und die Aufhebung der Gutscheinpraxis wesentlich verbessert hat. Der Landkreis



ist ebenso wie die Träger der Einrichtung daran interessiert, die dezentrale Unterbringung der vor Krieg, Hunger und Armut geflüchteten Menschen in Wohnungen verteilt im Landkreis fortzusetzen. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn auch die Mittel für die Betreuung der Menschen während ihres Neustarts in ein sicheres Leben ausreichend gewährleistet werden.

Im Gespräch mit Michael Menzel, Leiter der Landespolizeiinspektion Saalfeld, Torsten Lenk, Polizeiinspektion Schleiz, und Peter Trautmann, Polizeistation Pößneck, wurden die Auswirkungen der Polizeistrukturreform

besprochen. Deutlich wurde aus Sicht der Abgeordneten, dass die von Innenminister Jörg Geibert (CDU) versprochene erhöhte Polizeipräsenz auf den Straßen durch die Reform nicht erreicht wurde und dass noch immer ein verlässliches Personalkonzept mit langfristiger Perspektive vermisst und gefordert wird.

Sozial verträgliche Kita-Beiträge

Abschließend trafen die Mitglieder des Ressorts aus aktuellem Anlass Elternvertreter, Gemeinderäte und Verantwortliche der Trägerorganisationen der Kitas im Kreis. Nach einem kurzem Rundgang in der Kindertagesstätte „Pustelblume“ kam es zu einer intensiven Diskussion über steigende Elternbeiträge.

Vor allem die Situation in Langenorla, wo sich die Gemeinde genötigt sieht, Beiträge auf bis zu 320 Euro zu erhöhen, konnte zielführend mit Frank Kuschel und dem zuständigen Kreistagsmitglied Thomas Hofmann (LINKE) erörtert werden.

Es wurde klar, dass die Schlüsselzuweisungen im Rahmen des Kindertagesstättengesetzes nicht auf Grundlage einer fiktiven Größe, sondern zweckgebunden in voller Höhe erstattet werden sollten. Pläne zur Reduzierung der Standards und des Personals in den Kitas sind die Folge eines intransparenten Finanzierungskonzeptes.

Für ein Spitzenniveau in der frühkindlichen Erziehung braucht es sozial verträgliche Elternbeiträge, gut bezahlte Fachkräfte sowie Zusammenarbeit zwischen den Kommunen – und daran müssen sich der Bund und das Land viel stärker beteiligen.

Martin Voigt

Blindengeld

Die Ankündigung von Thüringens Sozialministerin Heike Taubert, das Landesblindengeld erhöhen zu wollen, bezeichnete MdL Karola Stange, als längst überfällig. Dabei stelle sich jedoch nicht wirklich die Frage, „warum solche Versprechungen – übrigens auch erst für nächstes Jahr – wenige Monate vor der Landtagswahl von der Ministerin und SPD-Spitzenkandidatin gemacht werden“. Die LINKE-Abgeordnete erinnert an den Gesetzentwurf ihrer Fraktion zur Novelle des Thüringer Gleichstellungsgesetzes, da hätte dieser Schritt bereits getan werden können. Bisher sei der Stillstand in der Behindertenpolitik in Thüringen jedenfalls nicht überwunden und auch das Gleichstellungsgesetz nicht novelliert. ■

Mieten

„Mit einer Mietpreisbremse wird zwar die Mietenexplosion in den Ballungszentren verlangsamt, aber nicht wirklich gebremst“, sagte MdL Heidrun Sedlacik zu den Ankündigungen aus der Bundesregierung. Ob die Regelungen überhaupt umgesetzt würden, hänge am Wohlwollen der Bundesländer. Aber Thüringen habe nicht einmal Kriterien zur Beantragung einer Mietpreisbeschränkung für die Kommunen entwickelt. Auch mit dieser Mietpreisbremse können die Mieten bei einem Mieterwechsel eklatant steigen. Zudem bilde der Mietspiegel auch künftig nur die Neuvermietungen ab. DIE LINKE fordert einen Mietspiegel, der alle Mieten einbezieht und ein realistisches Bild der Mietensituation vor Ort gibt. ■

Elterngeld

Die Vorschläge zum Elterngeld kritisierte die LINKE Familienpolitikerin Margit Jung, vor allem, dass es weiterhin auf ALG II-Leistungen angerechnet wird. Zwar sei die größere Flexibilität, wie ein längerer Bezug bei Teilzeitarbeit oder die mögliche Inanspruchnahme bis zum achten Lebensjahr des Kindes, zu begrüßen, aber es sei nicht zu verstehen, warum weiterhin Menschen mit niedrigem Einkommen oder im Hartz IV-Bezug, Erwerbslose, Auszubildende und Studierende benachteiligt werden. „Neben einer familienfreundlicheren Arbeitswelt brauchen wir gebührenfreie Bildung von Anfang an – hier könnte der Bund durch eine Drittelbeteiligung an den Kita-Kosten die Familien nachhaltig entlasten.“ ■

VON A BIS Z:

Bürgerbeauftragter

Mit der Ablehnung des LINKE-Gesetzentwurfs zur Änderung des Bürgerbeauftragtengesetzes am 20. März im Landtag „hat die CDU/SPD-Koalition bewiesen, dass sie nicht nach der Qualität, sondern nach dem Fraktionsetikett über Gesetzentwürfe entscheidet. Dieser Reflex reicht so weit, dass selbst Inhalte abgelehnt werden, die die CDU zum Teil mit befürwortet. Sie scheut sich auch nicht, damit den Bürgerbeauftragten und seine Vorschläge abzulehnen“, so MdL Diana Skibbe, Sprecherin für Bürgerbeteiligung und Bürgeranliegen. Es sei unter sachlichen Gesichtspunkten in keiner Weise nachvollziehbar, dass zwar die CDU-Fraktion sogar die Forderung des LINKE-Gesetzentwurfs und des Bürgerbeauftragten nach Einführung eines Beanstandungsrechts bei Mängeln in der Verwaltung teilt, aber zu einer weiteren Diskussion im Ausschuss nicht bereit ist. Ebenso verhalte es sich mit der Ausweitung der Anhörungs- und Schlichtungsmöglichkeiten, dem Anregungsrecht des Beauftragten für Verbesserungsmaßnahmen bis hin zu Vorschlägen für gesetzliche Regelungen.

Man könne nur mit Befremden zur Kenntnis nehmen, dass sich die SPD einer sinnvollen Reform des Bürgerbeauftragtengesetzes verweigert. Die LINKE setzt weiter mit dem Bürgerbeauftragten und Verbänden wie Mehr Demokratie Thüringen und der Parität für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Bürgerbeauftragten sowie eine Änderung des Bürgerbeauftragtengesetzes ein. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden vom 9. bis 11. April sowie vom 21. bis 23. Mai statt.

Bildungskonferenz:

„Jetzt Plan Bildung“, lautet der Titel der Bildungskonferenz mit verschiedenen Workshops, zu der die Linksfraktion nach Erfurt in den Thüringer Landtag einlädt am Samstag, den 5. April, in der Zeit von 9.00 bis 18.00 Uhr (detailliertere Informationen auf der Internetseite der Fraktion).

Aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion:

www.die-linke-thl.de

Die Mitmach-Matrix der Fraktion unter: www.thueringen-fair-aendern.de

KURZ UND PRÄGNANT

Im Spiegel der Presse

Osthüringer Zeitung (OTZ):

Nach einer fulminanten, teils ins Theaterfach wechselnden Rede schnappt sich Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow einen Leibnitz-Ordner und legt ihn Christine Lieberknecht aufs Pult. Die Ministerpräsidentin rührt sich nicht, als fürchte sie Kontaktgift. Ihr Staatskanzleichef Jürgen Gnauck (CDU) eilt herbei und trägt die Ordner zurück an Ramelows Sitzplatz. Er wirft dem Oppositionsführer „politischen Klamauk“ vor. Auch wenn die Szene gestern im Landtag so wirkte: Klamauk war sie nicht.

Freies Wort (FW):

Statt sich mit dem Thema zu befassen, lässt Gnauck nun durch die Staatsanwaltschaft jenen Unbekannten jagen, der den Vertrag in die Öffentlichkeit brachte (...) Dass die Mächtigen Thüringens damit schließlich beweisen, dass sie überhaupt nicht verstehen, wie wichtig mutige Whistleblower in diesen Tagen sind und warum es sie gibt, markiert den Tiefpunkt der Debatte um den Kalivertrag.

Thüringer Allgemeine (TA):

Das gab es in der Geschichte Thüringens noch nie. Der Landtag beschließt auf einer eigens einberufenen Sondersitzung einstimmig, einen Sachverhalt aufzuklären zu wollen - und die Regierung verweigert sich (...) So erfüllt die Ministerpräsidentin wenigstens zwei Klischees, die es über Politiker gibt: 1. Die Landes-Chefin gestaltet vor den nahenden Wahlen nicht mehr. Sie verwaltet nur noch. Und auch dies geschieht eher schlecht als recht. 2. Die Interessen der normalen Bürger zählen nicht. Stattdessen beugt sich die Landesregierung devot einem Konzern. Man könnte ja dessen Interessen schädigen.... Die Realitäten sind andere. Es gibt schlichtweg nichts mehr zu schützen. Der Geheimvertrag ist nicht mehr geheim - sondern dem Landtag frei zugänglich. Nur die Ministerpräsidentin, sie verschließt die Augen.

Thüringische Landeszeitung (TLZ):

„Wir sind überrascht, dass alle Fraktionen die Forderungen von Bodo Ramelow im Großen und Ganzen mittragen“, so Gerhard Jüttemann. Also sei der Landtag davon überzeugt, dass die Schließung ostdeutscher Kaliwerke zugunsten der westdeutschen Standorte ein Unrecht gewesen sei, schlussfolgert Jüttemann. Thüringen hätte damals die Kali-Fusion so nicht zulassen dürfen, der Landtag hätte die Sache nicht einfach durchwinken dürfen. So seien nicht nur Kalikumpel in Thüringen um ihre Arbeitsplätze betrogen, sondern auch der Freistaat über den Tisch gezogen worden. ■

„Es muss für Klarheit gesorgt werden“

Gerhard Jüttemann: „Unser Kampf war gerechtfertigt. Wir sind betrogen worden“

Als „eine Lizenz zum Gelddrucken“ für den Konzern Kali+Salz hatte Bodo Ramelow bereits auf einer kurzfristig anberaumten und unter großem Medieninteresse stattgefundenen Pressekonferenz am 18. März den so genannten „Kali-Geheimvertrag“ genannt. Eine Dokumentensammlung einschließlich des mutmaßlichen Vertrages war der Linksfraktion am Vortrag anonym zugespielt worden - Absender: „Herr Dossier“, wohnhaft in der Archivstraße in Hannover.

Wenn der Geheimvertrag wirklich seit Jahren der Landesregierung vorliege - und darauf deute die Dokumentensammlung hin - dann sei „das Parlament 20 Jahre lang belogen worden“. Ziel der Fraktion DIE LINKE sei, so Ramelow mit Blick auf die Sondersitzung des Landtages, „dass das Parlament alle Informationen erhält, um die Kali-Altlastenregelung juristisch bewerten zu können“.

Zu Beginn der Sondersitzung am 19. März hatte Bodo Ramelow ehemalige Kali-Kumpel von Bischofferode auf der Zuschauertribüne begrüßt: „...den Bürgermeister von Menteroda, Gerhard Jüttemann und die Kollegen, die betroffen sind von dem, was wir heute hier zu diskutieren haben. Und es ist mir eine besondere Freude, auch



Herrn Peine heute hier begrüßen zu können“. Das Foto entstand nach der Sitzung, die die Kali-Kumpel und Johannes Peine - jener Unternehmer, der damals das Kali-Werk übernehmen wollte und dann in den Ruin getrieben wurde - gespannt verfolgt hatten und zu dessen Verlauf Gerhard Jüttemann sagte:



„Unser Kampf war gerechtfertigt. Wir sind betrogen worden.“

Bodo Ramelow hatte in seiner Begründung zur Sondersitzung im Landtag auf die „jähle Wende“ am 17. März verwiesen, dem Tag, an dem die Landtagsfraktionen „mit einem Material versehen wurden, wo ein 62-seitiger

Kali-Fusionsvertrag beigeheftet ist“. Die Linksfraktion wolle nun geprüft haben, „ob irgendetwas von diesem Material in den Ministerien vorliegt, wenn ja, wo?“ Der Fraktionschef betonte: „Darüber muss heute geredet werden und, liebe Frau Ministerpräsidentin, für Klarheit gesorgt werden, denn es geht nicht darum, ob Kali+Salz noch irgendwelche Geheimverträge offenlegt, sondern

es geht um die Frage, ob das Parlament endlich in die Lage versetzt wird, seine originären Aufgaben eigenständig zu erfüllen. Und dafür muss die Transparenz jetzt endlich geschaffen werden.“

Die LINKE hatte zur Landtagssondersitzung einen Entschließungsantrag

vorgelegt, dessen Überweisung zur weiteren Bearbeitung in die Fachausschüsse des Landtags alle Fraktionen zustimmten. Zudem soll dem Landtag in einer der Plenarsitzungen im Mai umfassend Bericht erstattet werden „über die Einschätzung der Landesregierung - ggf. auch unterschiedliche Positionen der Ministerien - zu den Vertragsunterlagen und zur Frage, inwiefern nach Auffassung der Landesregierung der Freistaat in Zukunft noch verpflichtet ist, für die Altlastenfreistellung - derzeit zugunsten von K+S - aufzukommen; in diesem Zusammenhang soll die Landesregierung auch auf etwaige Schadensabwendungspflichten und die Pflicht zum korrekten und wirtschaftlichen Umgang mit Mitteln des Landeshaushalts eingehen“. ■

„Vernichtung eines Industriestandortes“

„Die freie Marktwirtschaft hat sich von den Kalikumpeln aus Bischofferode befreit“, schreibt der Journalist Michael Jürgs 1997 in seinem Buch „Die Treuhändler - Wie Helden und Halunken die DDR verkauften“. Und kurz darauf, etwas konkreter: Die Schließung der Kaligrube Bischofferode sei „ein durchsichtiges Manöver von undurchsichtigen Herren“ gewesen - eine „politische Dummheit“ und angesichts der parallelen Sanierung westdeutscher Konkurrenten aus Steuermitteln auch „unverschämt“.

Bei den Ereignissen um Bischofferode handelte es sich, wie die Thüringische Landeszeitung (TLZ) 2010 anmerkte, um „die Vernichtung eines Industriestandortes“ - zu Gunsten eines westdeutschen Monopolisten, Tochterunternehmen der BASF. Die Schatten dieser Affäre erreichen in Form des

mutmaßlichen geheimen Kali-Fusionsvertrages, inzwischen auf der Homepage der TLZ nachzulesen, die aktuelle Landespolitik. Die Landesregierung weigert sich, das jetzt aufgetauchte Papier auf seine Authentizität zu prüfen - ja überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Warum? Der Verdacht steht im Raum, dass sie und ihre Vorgängerregierungen den Vertrag entgegen anderslautender Beteuerungen seit Jahren kannten und archiviert hatten.

Das würde bedeuten, dass das Landesparlament jahrelang belogen wurde. War der berühmt gewordene Ausspruch von Ex-Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU), in Bischofferode habe er „die kalte Fratze des Kapitalismus gesehen“, nur kühl kalkulierte Heuchelei? Es geht um viel Geld. Zahlt das Land Thüringen im Ergebnis eines Vertrages, der vielleicht sittenwidrig ist,

bis zu zwei Milliarden Euro? Immer mit-tendrin, im Zentrum der politischen Macht: Christine Lieberknecht (CDU). Sie war von 1992 bis 1994 Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten (dann bis 1999 Ministerin für Bundesangelegenheiten in der Staatskanzlei), seit 2009 ist sie Ministerpräsidentin.

Kontakte zur Treuhand, gehörte das zu den „Bundesangelegenheiten“? Schon im Juni 1993 hatte der damalige wirtschaftspolitische Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, Michael Gerstenberger, kritisiert, „die Hinhaltetaktik“ und „Hilflosigkeit“ der Landesregierung (seinerzeit eine Koalition aus CDU und FDP) sei ein Skandal. Sei sie, so fragte Gerstenberger, „gelinkt“ oder „nicht willens, den Ernst der Lage zu erkennen“?

Stefan Wogawa

DAS THEMA

„Ich werde Ihnen jetzt diese Akte übergeben“

Bodo Ramelow in der Landtagsversammlung zum Kalifusionsvertrag

Auf Antrag der LINKEN hatte vor Beginn der regulären Plenarsitzung am 19. März eine Landtagsversammlung zum Kalifusionsvertrag stattgefunden, auf der Bodo Ramelow das Wort ergriffen und zwei Aktenordner mit Kopien der inzwischen kursierenden Unterlagen mit nach vorn ans Rednerpult genommen. Im Folgenden Auszüge aus seiner Rede:

(...) Deswegen war mein Anliegen, und das habe ich Herrn Gnauck gesagt, nehmen Sie doch die Akte, einmal um der Prüfung willen, ist Geheimnisverrat gemacht worden. Das kann ich nur prüfen, wenn ich die Akte entgegennehme und Blatt für Blatt durchsehe, ob dieses Material im Umweltministerium vorliegt. Zweitens – und das ist der viel spannendere Teil, mit dem wir uns auseinandersetzen haben –, wie gehen wir damit um, dass Kali+Salz glaubt, von uns mit Ewigkeitsgarantien die Altlastenfinanzierung zu bekommen. Wir haben die Zahlung eingestellt, Herr Reinholz, dann haben wir sie irgendwann unter Vorbehalt wieder aufgenommen, weil wir sagen, wir sind in eine Vertragssituation gekommen, wo wir zahlen, zahlen, zahlen müssen, und der Bund sagt, geht uns nichts an.

(...) Wenn die zweite Partei, nämlich der Bund oder der Beauftragte des Bundes uns mit relevanten Informationen nicht versorgt und uns im Unklaren lässt, wie die Vereinbarungen getroffen werden und wir im Zuge dieser Vereinbarungen in Zukunft für zwei Milliarden den Kopf hinhalten müssen, dann will ich wenigstens die Frage geprüft haben, ob wir dort arglistig getäuscht worden sind. (...) Aber tatsächlich ist es so, dass jetzt einfach Kali+Salz sagt, wir haben Jahr für Jahr das Geld zu kriegen. Nach meiner Tabelle sind es rund 20 Millionen, die sie im Jahr von uns überwiesen kriegen. Da ist die Frage, ob wir nicht als Haushaltspolitiker und als Parlamentarier das Recht haben, alle Rechtstatbestände zu prüfen, die diesem Zahlungsanspruch zugrunde liegen? Deswegen noch mal erneut von mir die Fragestellung: Warum nehmen Sie diese Akte nicht an, die mittlerweile jede Fraktion hat? Sie sagen, das war das Argument, die Geheimhaltungsnotwendigkeit gegen Dritte.

Jetzt komme ich wieder auf den Vertrag, Herr Gnauck. Sie sind guter, fundierter Jurist. Wenn Sie die Geheimhaltungsvorschrift dieses Vertrages nehmen, da steht drin, dass die Geheimhaltung nur gegenüber Außenstehenden gilt, niemals gegenüber den Vertragspartnern. Wenn wir aber namentlich in den Vertrag mit einem Rechtsanspruch niedergelegt sind, sind wir Teilnehmer. Entweder sind wir Drittbeteiligter oder wir sind Vertragspartner.

Wenn wir Vertragspartner sind, gilt die Geheimhaltung gegenüber uns – also in dem Fall der Landesregierung – überhaupt nicht und die Landesregierung müsste das Parlament beteiligen. Jetzt bin ich wieder bei Herrn Gnauck –

wenn es dann Geheimhaltungsvorschriften gibt, dann muss die Ausschusssitzung VS sein, die Dokumente müssen VS sein, dann muss die Geheimhaltung dokumentiert sein und muss Kali+Salz exakt gegenüber dem Vertragspartner Land sagen, welche Ansprüche von Kali+Salz oder Eingriffe in Gewerbebetrieb sind betroffen.

Was nicht geht, ist, einfach nur zu sagen, das ist geheim und das Parlament soll aber bitte gefälligst dafür

Frau Ministerpräsidentin, Ihre Landesregierung hat einen Amtseid geschworen, jeder Einzelne, Schaden vom Land Thüringen und den Bürgern abzuwehren. Ich habe von Schäden hier gesprochen, materiell berechenbare Schäden. (...)

Liebe Frau Ministerpräsidentin, nehmen Sie es mir nicht übel, ich werde Ihnen jetzt diese Akte geben. Die kann Herr Gnauck mir dann hinterher tragen. Aber diese Akte möchte ich der



sorgen, dass jedes Jahr 20 Millionen an K+S gehen. Eine solche Lizenz zum Gelddrucken können wir als Parlament nicht geben, dann entmächtigen wir uns selber unserer Rechtsansprüche.

(...) Wie soll ich denn als Parlamentarier mit der Regierung ins Gespräch darüber kommen, ob möglicherweise ein Altlastensanierungsvertrag vom Land Thüringen abgeschlossen worden ist unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, wenn ich es nicht prüfen kann (...). Also, warum, wenn der Vertrag so geheim ist im Verhältnis zwischen Regierung und Parlament, warum um Gottes Willen nutzen Sie dann nicht die Instrumentarien, die Sie haben: Sperrvermerk, VS.

Ja, Sie lachen, Sie nehmen die Akte nicht mal an. Ja, Sie sagen einfach, Sie nehmen die Akte nicht. Sie sagen, wir haben nichts, wir geben nichts, wir kennen nichts. Das, was Sie machen, Herr Gnauck, ist Vogel-Strauß-Politik, aber nicht nur, dass Ihr Vogel Strauß den Kopf in den Sand steckt, Sie budeln gerade den ganzen Vogel mit ein. Und damit sind wir dann bei Bernhard....

Landesregierung dringend empfehlen, unter den von mir genannten Bedingungen zu überprüfen. Zu überprüfen, ja, liebe Frau Ministerpräsidentin. (...)

Nein, damit wird deutlich, dass diese Landesregierung mit dem Parlament Schabernack treiben will. Sie machen sich lustig über uns. Sie nehmen nicht ernst, was hier an Argumenten vorgebracht worden ist. Sie gehen nicht einmal in die Unterlagenprüfung.

Wenn es stimmt, dass 80 Prozent dieser Akte regierungsmittliche Unterlagen sind, wenn das stimmt, Herr Gnauck, da bleibe ich bei meiner Feststellung. Sie nehmen die Akte nicht an, weil Sie es nicht prüfen wollen, weil Sie es nicht feststellen wollen, sondern weil Sie einfach nur Propaganda nach außen machen und den Schaden des Landes Thüringen weiter aufrechterhalten. Und deswegen, Frau Ministerpräsidentin, kann ich es Ihnen nicht ersparen, dem Parlament eine Akte offiziell zu übergeben mit der Bitte, die Ausschüsse mit diesen Unterlagen in die Lage zu versetzen, ihre Arbeit zu erfüllen. Dafür sind wir vom Volk gewählt. (...)

Vogel-Strauß-Methode kommt teuer zu stehen

CDU-Vertreter in Landesregierung und Landtag Verfahren weiter nach der Vogel-Strauß-Methode: Nachdem die CDU-Landtagspräsidentin Birgit Diezel von der LINKE-Fraktion den mutmaßlichen Geheimvertrag zur Kalifusion bekommen hat, weigert sie sich, die Akten anzunehmen, geschweige denn, einen Blick hinein zu werfen. Zuvor hatte die CDU-Ministerpräsidentin die Annahme verweigert. „Das Verhalten gleicht einer Geschichte aus Absurdistan. Es ist nicht nur höchst albern, dass Frau Diezel die Dokumente nicht zurück gibt, sich aber trotzdem weigert, sie anzusehen. Es ist der bisherige Gipfelpunkt einer langen Reihe von Fehlentscheidungen im Zusammenhang mit lange gesuchten und als geheim deklarierten Akten. Diese Landesregierung ist nicht regierungsfähig, weil sie die Übernahme von Verantwortung und die Abwendung von Schaden für das Land Thüringen verweigert“, so Bodo Ramelow in einer Pressemitteilung am 22. März. Er sprach von einer „Bankrotterklärung einer Landesregierung und einer Landtagspräsidentin, wenn wirtschaftliche Interessen eines Unternehmens über die Interessen der Menschen Thüringens gestellt werden“. Im Schreiben an die Landtagspräsidentin hatte Bodo Ramelow unterstrichen: „Ich bin weder gewillt, mich einem offenbar mächtigen Konzern zu beugen, noch mögliche Fehlentscheidungen früherer CDU-Regierungen weiterhin ‚unter den Teppich zu kehren‘.“

Am 24. März hatte Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) angekündigt, den Kali-Fusionsvertrag nicht mehr als geheimes Dokument zu behandeln und den Justizausschuss umfassend über die ihm vorliegende Kopie zu informieren. „Es stellt sich die Frage, ob das ein Alleingang des Ministers ist oder ob dieses Vorgehen von der Landesregierung getragen wird“, reagierte Bodo Ramelow. Vor gerade einmal fünf Tagen hat Staatskanzleichef Gnauck im Plenarsaal mit dem Strafgesetzbuch gewedelt und die Weitergabe der Akten als Straftat bezeichnet. Hat die Staatskanzlei nun ihre Position korrigiert oder will die Ministerpräsidentin ihren Justizminister jetzt anzeigen? „Es wirkt doch sehr seltsam, wenn ein einzelnes Ministerium diese Entscheidung bekannt gibt und die Ministerpräsidentin ihre Wortlosigkeit fortsetzt.“

Es bleibt der Eindruck, dass die CDU etwas zu verbergen hat. Warum sollte sie sonst jährlich 20 Millionen aus Steueraufkommen an einen Kali-Konzern durchreichen“, unterstrich Ramelow.

Alles zum „Kali-Geheimvertrag“ unter http://www.die-linkethl.de/themen/themen_a_z/i_o/kali_geheimvertrag/

Um-fair-teilen vor dem Landtag

Equal Pay Day: Immer noch verdienen Frauen bundesweit 22 Prozent weniger

Anlässlich des diesjährigen Equal Pay Days am 21. März beteiligte sich die Fraktion DIE LINKE an der Aktion des Landesfrauenrats gemeinsam mit anderen Fraktionen vor dem Landtag in Erfurt mit einer symbolischen Übergabe von Geldsäcken, um zu verdeutlichen, dass genügend Geld da ist, es allerdings von den Männern zu den Frauen um-fair-teilt werden muss.

Immer noch verdienen Frauen bundesweit 22 Prozent weniger als Männer und müssen 80 Tage länger arbeiten, um auf die gleiche Lohnsumme zu kommen. Im öffentlichen Dienst liegt der Lohnunterschied bei sechs Prozent, in der Privatwirtschaft beträgt die Differenz 24 Prozent. Besonders groß werden die Unterschiede, wenn die Karriereleiter, der Bildungsabschluss und das Alter ansteigen.

„Damit wollen wir uns nicht abfinden“, sagte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion. „Wir brauchen neben gerechten Lohnstufungen für gleichwertige Arbeiten auch ein Verbandsklagerecht, um vielfach missachtete Ansprüche umfassend durchzusetzen.“ Die LINKE schließt sich auch der Forderung des Deutschen Juristinnenbundes an. Dieser verlangt ein Gesetz zur Durchsetzung von Entgeltgleichheit in Tarifverträgen und betrieblichen Entgeltsystemen, da die selbstverantwortliche Prüfung der Entlohnung durch Unternehmen und Tarifvertragsparteien bislang zu keiner Änderung der Entlohnung geführt habe.

Mindestlohn: Keiner darf ausgeschlossen werden

Der Mindestlohn ist nach langen Kämpfen endlich erreicht, bis zu 300.000 Menschen in Thüringen könnten mittelfristig profitieren. Ein uneingeschränkter Grund zum Jubeln ist die Einigung im Bund trotzdem nicht. Die berechnete Forderung nach gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Ar-



beit werde durch die Ausnahmen konterkariert: „Insbesondere die Schlechterstellung von Langzeitarbeitslosen erhebt die Mindestlohnregelung zur Farce. Menschen, denen seit Jahren gesellschaftliche Teilhabe verwehrt wird, die immer wieder an den Rand gedrängt werden, wird so noch mal gesagt: Ihr seid weniger wert. Das ist ein Skandal“, so Ina Leukefeld, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Auch die Ausnahme von Praktikantinnen und Praktikanten ist, wenn überhaupt, nur für zeitlich begrenzte Schülerpraktika nachvollziehbar. Der jetzige Vorstoß wird jedoch dazu führen, dass die „Generation Praktikum“ weiter aufgebläht wird. Gerade Studierende und junge Menschen kurz nach dem Abschluss werden noch weiter in unbezahlte Dauerpraktika gedrängt werden. Gleichzeitig meldet die Thürin-

ger Friseurinnung, dass in Teilen der Branche der äußerst geringe Mindestlohn von 6,50 Euro weiter unterlaufen wird. Dennoch sieht das Hauptzollamt Erfurt keine Möglichkeit von Kontrollen. Ina Leukefeld: „Ein Mindestlohn wird zur Farce, wenn er nicht entschlossen durchgesetzt wird. Wenn Friseurinnen und Friseure weiterhin unter dem Minimallohn von 6,50 Euro liegen, muss das entschlossen bekämpft werden und für die verantwortlichen Unternehmerinnen und Unternehmer Konsequenzen haben. Gegebenenfalls muss das Hauptzollamt Erfurt eine anonyme Beschwerdestelle einrichten, um solchem Lohndumping auf die Schliche zu kommen!“

Für DIE LINKE steht fest, dass der beschlossene Mindestlohn nur ein erster Schritt sein kann: „Dieser Mindestlohn ist in seiner Höhe nicht existenzsichernd, er lässt eine Million Niedriglohn-Betroffene im Stich und wird dann vielleicht noch nicht mal angemessen kontrolliert. Wir bleiben dabei: mindestens 10 Euro brutto pro Stunde allgemeinverbindlich und für alle, bei klaren Kontrollen gegen Lohndumping.“

Waldverkauf löst Finanzprobleme nicht



Der Präsident des Thüringer Rechnungshofs hatte im Rahmen der überörtlichen Kommunalprüfung auf eine zweckwidrige Verwendung von Erlösen aus Kommunalwaldverkauf verwiesen und eine Änderung des Waldgesetzes vorgeschlagen. Er gab die Empfehlung, den Kommunen einen größeren Freiraum bei der Verwendung der Erlöse zu gewähren.

Über die daraus resultierenden Gefahren und deshalb notwendigen Schlussfolgerungen informierten Tilo Kummer, Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, und Steffen Harzer, (Noch-)Bürgermeister der Stadt Hildburghausen, in einem gemeinsamen Pressegespräch im Thüringer Landtag am 18. März.

Sie wandten sich gegen den Vorstoß des Landesrechnungshofs, die Einnahmen aus Kommunal-Waldverkäufen, die bisher nur für den Waldbau eingesetzt werden dürfen, auch für andere Investitionen nutzen zu dürfen. Dann sei zu befürchten, dass „bald der halbe Thüringer Kommunalwald“ verkauft würde, sagte Tilo Kummer, denn Kommunen, denen es finanziell schlecht geht – und das sind nicht gerade wenige in Thüringen – seien haushaltsrechtlich gezwungen, alle zulässigen Einnahmequellen auszuschöpfen.

Andererseits bestehe bei Privatisierungen die Gefahr einer eher jagd- und wildorientierten Waldbewirtschaftung statt der notwendigen nachhaltigen Herangehensweise.

Steffen Harzer hob angesichts der derzeitigen Holzpreise die relativ sicheren Einnahmen der Kommunen aus dem Holzverkauf hervor. Dagegen könnten einmalige Erlöse aus dem Waldflächenverkauf die strukturellen kommunalen Finanzprobleme nicht lösen.

DAS LETZTE ...

von Stefan Wogawa

Hirn weg, Hose voll

„Angst essen Seele auf“, so lautet der Titel eines berühmten Films von Rainer Werner Fassbinder von 1974. Bestätigt werden Fassbinders Worte (ein Filmzitat) durch das derzeitige Agieren von CDU und FDP in Thüringen. Allerdings mit einer Ergänzung: womöglich auch das Hirn.

Angst haben beide Parteien. Die CDU fürchtet, im September nach 24 Regierungsjahren auf die Oppositionsbank wechseln zu müssen – für zahlreiche partei-, fraktions- und regierungsamtliche Protagonisten offenbar eine Katastrophenvorstellung. Keine Lottoschecks mehr überbringen können, dieses Horrorszenerario macht offenbar so manche CDU-Abgeordneten hose voll. Vom selbstgesteckten Ziel eines Wahlergebnisses von „40 Prozent plus x“ redet dort kaum noch jemand. Für die FDP geht es gleich um alles: mit (bis zu) zwei Prozent bei Wahlumfragen rangiert sie inzwischen unter „sonstige Parteien“ und ist vom Wiedereinzug in den Landtag so weit entfernt wie von glaubwürdiger Sozialpolitik.

Es regiert die nackte Angst, beide setzen auf hektische Irrationalität und Populismus. Seit dem Programmparteitag der Linkspartei heißt es auf der Homepage der hiesigen CDU, die Konkurrenz wolle „Thüringen von den Füßen auf den Kopf stellen“. Nein, beruhigen Sie sich, daran ist nicht gedacht! Eine Regierung ohne die Schuldenkönige und -königinnen der letzten Jahre bedeutet nicht den Untergang Thüringens, auch wenn die CDU, die sich als Staatspartei fühlt und „Thüringenpartei“ nennt, wahre Kopfstände macht, um diesen Eindruck zu erwecken.

Die FDP geht geradezu auf in ihrer wachsenden Bedeutungslosigkeit. Sie wütet in der Plenarsitzung gegen ein Thüringer Korruptionsregister, bringt schlecht als Argumente getarnte Anwürfe vor, denen sich – mit Verlaub – wohl auch die Mafia anschließen könnte.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.